

Niederschrift über die Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung am 18. Mai 2015

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Tagesordnung:

- TOP 1 Begrüßung, Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 2 Anerkennung der Niederschrift der Sitzung vom 2. Februar 2015
- TOP 3 Fahrzeugeinsatz auf der S-Bahn-Linie S8/S5 – Bahnsteighöhenkonzept des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR)
- TOP 4 Beteiligung am Selbsthilfetag (5. September), Ehrenamtsmesse (19. September)
- TOP 5 Antrag „Inklusionsplan für die Stadt Düsseldorf“
- TOP 6 Bericht „Maßnahmen zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung – Stand und Ergebnisse 2014“
- TOP 7 Neugestaltung des Internetauftritts der Stadt Düsseldorf
- TOP 8 Berichte aus den Runden Tischen
- TOP 9 Beantwortung von Fragen des Beirats
- TOP 10 Mitteilungen der Verwaltung
- TOP 11 Verschiedenes

Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger

Anwesenheitsliste

Mitglieder

Ratsherr Lehne	Vorsitzender (CDU-Ratsfraktion)
Herr Wessels	stellvertretender Vorsitzender (ARGE e. V.)
Frau Bellstedt	Liga Wohlfahrt
Herr Borzim	Menschen mit geistiger Behinderung
Herr Buschhausen	Amt für soziale Sicherung und Integration
Herr Decius	Menschen mit Mehrfachbehinderung
Herr Fischer	Menschen mit Körperbehinderung und chronischer Erkrankung
Herr Graf	Menschen mit Hörbehinderung
Frau Humpert-Kalb	Sprecherin Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie
Herr Joedecke	Sprecher Runder Tisch Kommunikation
Herr Kozyk	Menschen mit Sehbehinderung
Frau Kroker-Christmann	Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen (ARGE) e. V.
Ratsherr Matheisen	FDP-Ratsfraktion
Ratsfrau Mohrs	SPD-Ratsfraktion
Herr Nowinski	Ratsfraktion Die Linke
Frau Ott	Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Rigter	Behindertenkoordination
Frau Sader	Seniorenrat
Herr Schlachetzki	Sprecher Runder Tisch Bauen
Ratsherr Stieber	CDU-Ratsfraktion
Herr Westerberg	Ratsfraktion Die Linke
Herr Zielonka	Sprecher Runder Tisch Verkehr

Stellvertretende Mitglieder

Frau Dill	stellvertretende Sprecherin Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie
Herr Dölling	Amt für soziale Sicherung und Integration
Herr Fladerer	stellvertretender Sprecher Runder Tisch Verkehr
Frau Güdelhöfer	Amt für Gebäudemanagement
Frau Hartmann	Behindertenkoordination

Frau Kirberg	Menschen mit geistiger Behinderung
Herr Klussmann	Menschen mit Hörbehinderung
Herr Nowinski	Ratsfraktion Die Linke
Frau Pohlmann	Menschen mit Sehbehinderung
Frau Ripper	Seniorenrat
Herr Schadrack	FDP-Ratsfraktion
Frau Schormann	Gesundheitsamt
Ratsfrau Steinbrink-Neubacher	SPD-Ratsfraktion
Ratsherr Stieber	CDU-Ratsfraktion
Herr Welski	Körper- und Mehrfachbehinderte

Weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Gäste

Herr Adelskamp	Hauptamt
Herr Bergmann	Amt für Kommunikation
Herr Böck	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)
Herr Burwig	Rheinische Post
Frau Erhard	Assistenz Frau Kirberg
Frau Garn	Büro Oberbürgermeister
Frau Hampe	Assistenz Herr Borzim
Frau Heggen	Amt für soziale Sicherung und Integration
Herr Dr. Keller	Beigeordneter
Herr Müller	Behindertenkoordination (Schriftführung)
Herr Ommen	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)
Herr Topel	Kulturamt
Frau Wassenhoven	Büro Oberbürgermeister

Entschuldigt

Herr Hahn	stellvertretender Sprecher Runder Tisch Bauen
Frau Hermanns	Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen e. V.
Frau Hoop	Gesundheitsamt
Frau Laqua	Büro für die Gleichstellung von Frauen und Männern
Frau Reichmann-Schmidt	Menschen mit psychischer Behinderung
Frau Rohrbacher	Menschen mit psychischer Behinderung

TOP 1

Begrüßung, Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende, Ratsherr Lehne, begrüßt die Mitglieder des Beirats, insbesondere die Gäste, Herrn Ommen und Herrn Böck vom Verkehrsverbund Rhein-Ruhr sowie Herrn Beigeordneten Dr. Keller. Entschuldigt haben sich die Beiratsmitglieder Frau Reichmann-Schmidt, Frau Rohrbacher, Herr Hahn, Frau Hoop und Frau Laqua.

Der Vorsitzende stellt die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Beirats fest. Er erinnert an die Grundsätze für einen möglichst barrierefreien Sitzungsverlauf und bittet um die Kurzvorstellung aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Zur Tagesordnung erklärt Ratsherr Lehne, dass auf Wunsch des Herrn Beigeordneten Dr. Keller, der einen Folgetermin wahrnehmen müsse, der TOP 4 vorgezogen werde als TOP 3 und auf Wunsch von Frau Wassenhoven, ebenfalls wegen eines Folgetermins, der TOP 7 als TOP 4 vorgezogen werden solle. Herr Zielonka bittet darum, den Bericht des Runden Tisches Verkehr zu Beginn des TOP 3 vortragen zu dürfen, da er sich ausschließlich mit dem Thema „S8“ befasse.

Der Beirat stimmt der geänderten Tagesordnung zu.

TOP 2

Anerkennung der Niederschrift der Sitzung vom 2. Februar 2015

Die Niederschrift wird einstimmig angenommen. Frau Bellstedt wird als Teilnehmerin ergänzt.

TOP 3 (vorher TOP 4)

Fahrzeugeinsatz auf der S-Bahn-Linie S8/S5 – Bahnsteighöhenkonzept des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR)

Ratsherr Lehne leitet in den Tagesordnungspunkt ein und erteilt zunächst Herrn Zielonka das Wort, der die Fragen und Bedenken des Runden Tisches Verkehr und des Beirats formuliert (Anlage 1).

Im Anschluss daran gibt der Vorsitzende den Vertretern des VRR, Herrn Ommen und Herrn Böck, das Wort, die in einem Folienvortrag einerseits die Umstände erläutern, die zur Beschaffung des kritisierten Triebfahrzeuges führten, andererseits die Planungen des VRR zu einem neuen landesweiten Bahnsteighöhenkonzept.

Ergänzt wurde der Vortrag durch die Darstellung des Herrn Beigeordneten Dr. Keller. Dieser erklärte, die Thematik sei in den Gremien des VRR sehr intensiv im Beisein der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Düsseldorf diskutiert und entschieden worden. Er halte das langfristige Ziel einer einheitlichen Bahnsteighöhe von 76 Zentimetern für

vollständig vertretbar. Nun gelte es aber, den Übergang zu gestalten. Er möchte dafür werben, dass in Düsseldorf auch das Gesamtsystem im Blick gehalten werde. Ein landesweit einheitlicher Standard komme auch der Landeshauptstadt zugute, denn dieser ermögliche durchgängig barrierefreies Reisen aus der Region nach Düsseldorf und umgekehrt. Insofern sei die Grundsatzentscheidung, eine Bahnsteighöhe von 76 Zentimetern anzustreben, nicht zu kritisieren. Er appelliere aber an den VRR, gemeinsam mit der Stadt Düsseldorf zu überlegen, wie die Übergangszeit bis zur Umsetzung der landeseinheitlichen Standardhöhe gestaltet werden könne.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden zum zeitlichen Horizont des Projektes erklärt Herr Böck, pro Jahr ließen sich etwa drei bis fünf Stationen umrüsten. Der gesamte Prozess der Umsetzung werde sicherlich 20 bis 25 Jahre in Anspruch nehmen.

Anschließend folgte eine lange und intensive Diskussion, an der sich die Beiratsmitglieder Decius, Fischer, Fladerer, Humpert-Kalb, Kozyk, Matheisen, Ott, Pohlmann, Schlachetzki und Zielonka beteiligten. Besonders kritisiert wurde die fehlende Beteiligung der Behindertenverbände im Vorfeld der Entscheidung, die Unzulänglichkeit des Fahrzeuges mit den umständlichen, zeitaufwändigen Umsteigevorgängen sowie das möglicherweise erhöhte Unfallrisiko. Mit dem neuen Fahrzeug sei an allen Bahnhöfen in Düsseldorf die Barrierefreiheit entfallen und zusätzliche Barrieren für alle Fahrgäste entstanden. Besonders verärgert zeigen sich die Beiratsmitglieder darüber, dass der VRR nach der getroffenen Entscheidung in der Jahresmitte 2011 bis zur Einführung des Fahrzeugs im Dezember 2014 nichts unternommen habe, um mit der Stadt Düsseldorf und den Betroffenen ins Gespräch zu kommen, damit Lösungen für die anfangs absehbare und jetzt eingetretene Situation gefunden werden konnten.

Zum Abschluss der Diskussion nimmt der Beirat auf Vorschlag seines Vorsitzenden, Ratsherrn Lehne, die folgende Stellungnahme einstimmig an:

„Der Beirat für Menschen mit Behinderung der Landeshauptstadt Düsseldorf stellt fest, dass die derzeitige Situation auf der S-Bahn-Linie S8/S5 für alle Reisenden im Stadtgebiet Düsseldorf und an allen anderen Stationen mit einer Bahnsteighöhe von 96 Zentimetern unzumutbar und unfallgefährlich ist. Er bemängelt, dass der VRR seit Bestellung dieser Fahrzeuge nichts unternommen habe, um den unausweichlichen, bereits damals sichtbaren und von den Behindertenverbänden aufgezeigten Barrieren entgegenzuwirken. Zu keiner Zeit sei seitens des VRR die Kommunikation gesucht worden, um die Probleme zu kompensieren. Der Beirat fordert den VRR auf, ein „Düsseldorfer Modell“ zu entwerfen, das unverzüglich diesen Zustand nachbessert. Er regt an, dass Begleitpersonen in den Zügen eingesetzt werden sollen, die Fahrgästen bei Bedarf hilfreich zur Seite stehen, zumindest für die Übergangszeit bis zu baulichen Änderungen. Er fordert, dass Züge der eingesetzten Baureihe (BR 1440-3) künftig

nicht mehr angeschafft werden, da sie nicht geeignet sind für einen barrierefreien S-Bahn-Verkehr. Sie stellen eine Unfallgefahr für Reisende mit und ohne Behinderung dar. Auch bei den Ausstattungsmerkmalen der Züge gelte die Regel, dass der Besteller das Angebot bestimme. Der Beirat erwarte, dass der VRR Standards für die Barrierefreiheit der Fahrzeuge definiere und diese mit den Behindertenverbänden rechtzeitig abstimme. In einem Jahr erwarte der Beirat einen erneuten Bericht über die zwischenzeitlich erfolgten Maßnahmen zur Verbesserung der Situation auf der Linie S8/S5 sowie einen Zeitplan mit Prioritätensetzung für den niveaugleichen Umbau der Stationen in Düsseldorf.“

Die Vertreter des VRR sagen zu, die Fragen aus dem Runden Tisch Verkehr sowie aus der Diskussion, schriftlich beantworten zu wollen und die Präsentationsfolien zuzusenden (Anlage 2 und 3).

Der Vorsitzende dankt Herrn Ommen und Herrn Böck für ihre Darstellung und verabschiedet sie.

TOP 4 (vorher TOP 7)

Beteiligung am Selbsthilfetag (5. September), Ehrenamtmesse (19. September)

Frau Wassenhoven berichtet zur ersten Düsseldorfer Ehrenamtmesse, die am 19. September auf dem Schadowplatz stattfinden werde. Insgesamt seien 60 Institutionen angemeldet, unter anderem das Selbsthilfe-Service-Büro, der Beirat für Menschen mit Behinderung (Zustimmung vorausgesetzt), die ARGE e. V. sowie nach derzeitigem Stand neun Selbsthilfegruppen.

Frau Schormann berichtet vom geplanten Selbsthilfetag am 5. September, für den bislang 50 Selbsthilfegruppen gemeldet seien, die sich mit Informationsständen auf dem Schadowplatz präsentieren würden. Auf Nachfrage erklärt Frau Wassenhoven, dass für beide Veranstaltungen weder Standgebühren noch Kosten für Wasser, Strom und ähnliches erhoben würden.

Weiterhin berichtet sie vom Zustandekommen der sogenannten „Woche der Inklusion“ und erwidert damit die Kritik aus der letzten Beiratssitzung am 2. Februar. Sie betont, Ausgangspunkt sei die „Straßenbahn der Inklusion“ gewesen, die vom Schulverwaltungsamt geplant worden sei. Kurzfristig habe man sich entschieden, daraus eine Woche der Inklusion zu gestalten, die bestehende schulische Projekte zusammenführen sollte. Borussia Düsseldorf und die Werkstatt für angepasste Arbeit (WfaA) seien hinzugekommen und daraus sei dann letztendlich die Woche der Inklusion entstanden. Die Presse habe darüber positiv berichtet. Es sei beabsichtigt, zukünftig erneut eine entsprechende Veranstaltung durchzuführen. In die Planung würden dann auch frühzeitig die Vereine und der Beirat einbezogen.

Frau Wassenhoven weist noch auf den NRW-Tag „70 Jahre NRW – 70 Jahre Landeshauptstadt Düsseldorf“ hin, der vom 26. bis 28. August 2016 stattfinden werde. In diesem Rahmen solle das bürgerschaftliche Engagement und insofern auch der Beirat für Menschen mit Behinderung und alle anderen Beiräte Gelegenheit zur Darstellung haben. Sie werde in den kommenden Monaten auf die Institutionen zukommen.

Der Beirat nimmt die Planung und seine Beteiligung an den Veranstaltungen zustimmend zur Kenntnis.

TOP 5 (vorher TOP 3)

Antrag „Inklusionsplan für die Stadt Düsseldorf“

Frau Humpert-Kalb beantragt, der Beirat für Menschen mit Behinderung möge beschließen, dass für Düsseldorf ein „Inklusionsplan für eine schulische Bildung“ erstellt werde.

Sie begründet das damit, dass seit dem Schuljahr 2014/15 die schulische Inklusion in Düsseldorf umgesetzt werde. Das bedeute, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf könnten eine Regelschule besuchen. Für die Umsetzung des Inklusionsprozesses leiste der „Qualitätszirkel Inklusion“ des Schulverwaltungsamtes eine ganz hervorragende Arbeit.

Neuerungen seien aber nicht immer einfach. Trotz der Bemühungen und Anstrengungen aller Beteiligten wie Schulverwaltungsamt, Lehrpersonal, Kinder und Eltern komme es immer wieder zu Fragen und Unsicherheiten. Daher solle die Stadt Düsseldorf einen schulischen Inklusionsplan erstellen, der den IST-Zustand feststellen und zukünftige Ziele festlegen solle.

Um dem qualitativen und quantitativen Standard gerecht zu werden, bedürfe es nicht nur der Verantwortung des Schulverwaltungsamtes sondern der gesamten Stadt. Die gesamte Verwaltung, wie beispielsweise die Jugendhilfe, müsse hier einbezogen werden. Die Mitwirkung der Stadtgesellschaft sei gefragt, denn nur auf Grundlage einer breiten gesellschaftlichen Basis könne Inklusion erfolgreich sein.

Inklusion in der Schule heiße, dass Kinder von Anfang an willkommen seien. Der Rat der Stadt Düsseldorf solle mit einem Inklusionsplan hier ein deutliches Zeichen setzen.

In der anschließenden Diskussion bedankt sich Frau Ott für die Initiative von Frau Humpert-Kalb. Sie bezeichnet den Antrag als zeitgemäß und absolut notwendig. Sie halte es für sinnvoll, in die Diskussion auch andere Fachausschüsse wie Ausschuss für Gesundheit und Soziales (AGS), den Jugendhilfeausschuss, den Jugendrat und den Seniorenrat einzubeziehen. Darüber hinaus rege sie an, Frau Wandt als Leiterin des Schulverwaltungsamtes sowie den Leiter der Hauptschule Bernburger Straße und die Leiterin der Hauptschule St. Benedikt einzuladen, die in der Presse in der vergangenen

Woche unter dem Titel „Hauptschulen als neue Förderschulen?“ zu den Veränderungen der Förderschulen und deren Auswirkungen auf die Hauptschulen berichtet hätten.

Herr Fischer empfiehlt, den Antrag dahingehend zu erweitern, dass man mit dem Schulverwaltungsamt und dem Schulausschuss zum Thema „Inklusion und Inklusionsplan“ ins Gespräch kommen sollte, um das Thema breiter zu diskutieren. Er sehe da verschiedene kritische Punkte und Fehlentwicklungen.

Frau Kroker-Christmann weist darauf hin, dass vom Stadtmuseum am 4. Dezember eine Ausstellung zum Thema „Förderschulen“ eröffnet werde. In dem Zusammenhang werde die Arbeitsgemeinschaft der Vereine Behinderter und chronisch kranker Menschen (ARGE) e. V. ein Expertengespräch anbieten.

Der Vorsitzende empfiehlt abschließend, zunächst den Antrag – so wie er vorliege – zu beschließen. Der weitere Weg der Umsetzung sei dann zu klären.

Der Beirat nimmt den Antrag einstimmig an.

TOP 6 (vorher 5)

Bericht „Maßnahmen zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung – Stand und Ergebnisse 2014“

Frau Ott merkt unter Hinweis auf Seite 38 des Berichtes an, dass die Freizeitangebote des Jugendamtes – insbesondere die „Düsselferien“ ihrer Meinung nach unzureichend auf Kinder mit Behinderung ausgerichtet seien und insofern nicht dem „inklusiven Gedanken“ Rechnung tragen würden. Sie möchte ergänzende Hinweise zu den Aktivitäten der Verwaltung im Hinblick auf inklusive Düsselferien. Dabei sollte auch die Entwicklung über die Jahre dargestellt werden.

Herr Buschhausen sagt zu, die Anregung an das Jugendamt weiterzuleiten.

Darüber hinaus möchte Frau Ott insgesamt für künftige Berichte anregen, die Maßnahmen, sofern diese sich zahlenmäßig darstellen lassen, im Rahmen einer Mehrjahresrückschau zu präsentieren, um die Entwicklung zu verdeutlichen.

Herr Welski merkt an, er habe im Bericht einen Hinweis auf die Errichtung der Behindertentoilette am Benrather Markt vermisst. Dies hätte als positives Beispiel aufgenommen werden können.

Herr Buschhausen erklärte abschließend, er verstehe die angesprochenen Punkte als Anregungen, nicht als Anmerkungen, die dem Bericht anzufügen seien.

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis; sofern er über das bisher Gesagte hinaus Anmerkungen hat, werden diese bis zum 20. Mai in der Geschäftsstelle eingereicht.

TOP 7 (vorher TOP 6)

Neugestaltung des Internetauftritts der Stadt Düsseldorf

Herr Buschhausen überbringt die Grüße der neuen Leiterin des Amtes für Kommunikation, Frau Jäckel-Engstfeld. Ausdrücklich begrüßt er Herrn Bergmann, der das Amt für Kommunikation im Beirat und künftig auch im Runden Tisch Kommunikation vertrete. Frau Jäckel-Engstfeld wäre gerne persönlich in die Sitzung gekommen, jedoch aufgrund anderer Termine verhindert gewesen.

Der geplante neue Internetauftritt sei den Amtsleitungen vor zwei Wochen vom Amt für Kommunikation und einer beauftragten Agentur vorgestellt worden. Es gelte, mehr als 20.000 städtische Internetseiten zu überarbeiten. Eine wesentliche Änderung – bezogen auf die Barrierefreiheit – sei die Anpassung an den Standard der sogenannten BITV 2.0. Darüber hinaus werde den Fachämtern eine neue Redaktionssoftware zur Verfügung stehen, die eine barrierefreie Gestaltung der Internetseiten erleichtere. Der neue Internetauftritt werde im ersten Quartal 2016 ins Netz gehen. In seiner Eigenschaft als Leiter des Amtes für soziale Sicherung und Integration sei er auch für die Behindertenkoordination und damit die Geschäftsstelle des Beirates verantwortlich. Insofern habe er die Interessen des Beirates in die Amtsleitertagung zum sogenannten Internet Relaunch eingebracht. Insbesondere habe er die Aussagen aus der Sitzung am 16. Juni des vergangenen Jahres in die Diskussion transportiert.

Frau Jäckel-Engstfeld werde in eine der nächsten Beiratssitzungen kommen, einerseits um sich persönlich vorzustellen, andererseits um die Neuausrichtung des Amtes für Kommunikation zu erläutern. Bis dahin habe sich die Überarbeitung des Internetauftritts weiter konkretisiert. Herr Bergmann werde in seiner Eigenschaft als neuer Teilnehmer des Fachamtes im Runden Tisch Kommunikation diesen Prozess begleiten.

Der Beirat nimmt die Darstellung ohne Diskussion zur Kenntnis.

TOP 8

Berichte aus den Runden Tischen

a) Runder Tisch Bauen

Der Sprecher des Runden Tisches, Herr Schlachetzki, trägt den Bericht des Runden Tisches Bauen vor (Anlage 4).

In der sich anschließenden Diskussion weist Herr Kozyk darauf hin, dass auch bei Änderungen baulicher Anlagen die Anforderungen des § 55 Landesbauordnung (BauO NRW) erfüllt werden müssten. § 55 BauO NRW enthalte in Bezug auf das Niveau der Barrierefreiheit die sehr weitgehende Forderung, dass bauliche Anlagen, die öffentlich zugänglich sind, von Menschen mit Behinderung, alten Menschen und Personen mit Kleinkindern barrierefrei erreicht und ohne fremde Hilfe zweckentsprechend nutzbar sein müssten.

Der Beirat schließt sich einstimmig dem Votum des Runden Tisches mit dem Prüfungsauftrag an und bittet darum, ihn an die Fachverwaltung weiterzuleiten.

b) Runder Tisch Verkehr

Die Stellungnahme des Runden Tisches wurde bereits zu TOP 3 vorgetragen (Anlage 1).

c) Runder Tisch Kommunikation

Herr Müller berichtet, dass am 27. April ein Vorgespräch mit den Behindertenvertreterinnen und Behindertenvertretern stattgefunden habe. Dabei habe man die anstehenden Themen besprochen und sich auf die nächsten Termine, 14. September und 14. Dezember, geeinigt.

TOP 9

Beantwortung von Fragen des Beirats

a) Barrieren bei digitalen Sitzungsunterlagen im Internet

Herr Adelskamp trägt die Stellungnahme des Hauptamtes vor (Anlage 5).

Auf Nachfrage von Herrn Kozyk erklärt er, dass die beim Hersteller beauftragte Lösung für das digitale Sitzungspaket auch für die Bezirksvertretungen gelte, da für alle Ausschüsse mit der gleichen Software gearbeitet werde.

b) Barrierefreiheit im Plenarsaal

Die Antwort der Verwaltung (Anlage 6) wird von Frau Güdelhöfer vorgetragen.

In der anschließenden Diskussion weist Herr Kozyk darauf hin, dass beim Umbau des Landtags zwischen den Behindertenverbänden und dem Landtag analog zum Verfahren nach dem Behindertengleichstellungsgesetz eine Zielvereinbarung abgeschlossen wurde. Man habe im Rahmen einer gemeinsamen Begehung die umzusetzenden Punkte schriftlich fixiert und auch deren Umsetzung terminiert. Da in der Antwort der Verwaltung beispielhaft der Landtag aufgeführt und der Umbau auch als aufwändiges Verfahren dargestellt worden sei, möchte er ein entsprechendes Verfahren auch für die barrierefreie Gestaltung des städtischen Plenarsaals anregen – also eine Zielvereinbarung darüber, welche Maßnahmen wann umgesetzt werden sollen.

Herr Fischer stellt ergänzend fest, dass er diese Anregung begrüße, zumal man mit einem ähnlichen Vorgehen beim Umbau der Kämmerei gute Erfahrungen gemacht habe.

Der Vorsitzende erklärt abschließend, die Anregung werde aufgenommen und an die Verwaltung weitergegeben.

c) „Masterplan“ barrierefreie Kulturgebäude

Herr Topel trägt die Antwort des Kulturamtes vor, die in Abstimmung mit dem Baudezernat erstellt worden sei (Anlage 7).

Herr Klussmann ergänzt, dass es bereits viele barrierefreie Angebote gebe, die allerdings unzureichend bekannt gemacht würden. Er wolle anregen, dass dies in den Veröffentlichungen der Stadtverwaltung und der örtlichen Presse erfolge. Nicht alle Menschen bekämen ihre Informationen aus dem Internet. Beispielsweise enthalte die Programmvorschau der Rheinischen Post keine Hinweise auf die Barrierefreiheit von Veranstaltungen (Zugänglichkeit, induktive Höranlagen, Gebärdensprachdolmetschung). Herr Topel erklärt, die Anregung aufnehmen zu wollen.

Herr Kozyk ist erstaunt über die Formulierung „inwieweit Vertreterinnen und Vertreter für die Belange von Menschen mit Behinderungen einbezogen werden, sei bisher nicht entschieden.“ Er fordere eine umfassende und rechtzeitige Beteiligung des Beirats im Zusammenhang mit dem „Masterplan Gebäudesanierung“.

Frau Güdelhöfer antwortet, dass Maßnahmen über 500.000 Euro grundsätzlich im Runden Tisch Bauen vorgestellt würden. Dies geschehe in der Regel frühzeitig; die Empfehlungen fänden auch Berücksichtigung, sofern es sich umsetzen lasse. Insofern sei die Beteiligung grundsätzlich gewährleistet.

Herr Fischer erklärt, er sehe dies sehr kritisch. Zunächst einmal sei der Betrag mit 500.000 Euro recht hoch angesetzt, darüber hinaus sehe er die Gefahr, dass die Maßnahmen in Einzelmaßnahmen heruntergerechnet würden, die jeweils diesen Betrag unterschritten.

Frau Güdelhöfer und Herr Topel erklären, dass sie die Anregungen mitnehmen werden.

d) Zuständigkeiten im Planungsprozess

Herr Buschhausen teilt mit, die Antwort werde dem Beirat zu einem späteren Zeitpunkt nachgereicht. Die Angelegenheit befinde sich noch in der verwaltungsinternen Abstimmung.

TOP 10

Mitteilung der Verwaltung

Herr Buschhausen und Herr Dölling tragen die Mitteilungen der Verwaltung vor:

a) Gebärdensprachdolmetschung beim Livestream der Ratssitzung am 30. April

Die vom Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf beschlossene und vom Beirat angeregte Gebärdenspracheinblendung während des Livestreams der Ratssitzung sei am 30. April erprobt worden. Die Erfahrungen und Rückmeldungen der Beteiligten, insbesondere des Stadtverbands der Gehörlosen, würden derzeit ausgewertet. Der Rat der Stadt Düsseldorf werde über eine Fortführung entscheiden.

b) Seniorenrat

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf habe am 5. März 2015 aufgrund des § 7 Absatz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen eine Änderung der Satzung des Seniorenbeirates beschlossen. Das Gremium heiße nun „Seniorenrat“. Zudem könne aus dem Kreise der gewählten stimmberechtigten Mitglieder aus den Stadtbezirken dem Rat der Stadt jeweils ein beratendes Mitglied und für den Fall der Verhinderung eine Stellvertretung zur Wahl in die städtischen Ausschüsse vorgeschlagen werden. Der Seniorenrat könne Anträge und Anfragen, die in öffentlicher Sitzung beschlossen würden, an die zuständigen Gremien der Stadt stellen.

Darüber hinaus habe der Rat die Verwaltung beauftragt, die Möglichkeiten einer Erhöhung der Sitzungsgelder für Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderung, des Integrationsrates, des Jugendrates und des Seniorenrates zu prüfen. Ein Ergebnis hierzu stehe derzeit noch aus.

c) Leitsystem Hauptbahnhof – Bertha-von-Suttner-Platz

Das seit langem geplante taktile Leitsystem für blinde und sehbehinderte Menschen im Bereich Bertha-von Suttner-Platz/Willi-Becker-Allee werde derzeit gebaut. Es bilde eine sinnvolle Fortführung des Leitsystems im Hauptbahnhof hin zu den verschiedenen Verwaltungsgebäuden um den Bertha-von-Suttner-Platz.

d) Glatte Wegverbindung Burgplatz

Anfang März sei – einem langen Wunsch des Beirats entsprechend – durch Abschleifen des Kopfsteinpflasters in vier Meter Breite eine ebenflächige und rutschfeste Wegverbindung über den Burgplatz geschaffen worden.

e) E-Scooter

Das von der Rheinbahn AG und vielen anderen deutschen Verkehrsunternehmen Mitte Dezember des vergangenen Jahres auf Empfehlung des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ausgesprochene Beförderungsverbot für sogenannte E-Scooter habe weiterhin Bestand. Das Thema habe den Landesbehindertenbeirat und den Landtag beschäftigt. Zur rechtlichen Klärung werde auf ein Gutachten gewartet, das das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW bei der „Studienanstalt für unterirdische Verkehrsanlagen“ (STUVA) in Auftrag gegeben habe. Das Gutachten sei für das erste Quartal 2015 angekündigt gewesen, liege allerdings – soweit bekannt – bislang noch nicht vor.

f) Schulorganisatorische Maßnahmen

Dem Wunsch des Beirats entsprechend sei die Vorlage 40/14/2015 – „Schulorganisatorische Maßnahmen“ der Einladung zu dieser Sitzung als Anlage beigefügt worden.

g) Fachtag

Die Verwaltung habe aus der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 6. Mai den Wunsch mitgenommen, dass eine gemeinsame Fachveranstaltung zu den Themenbereichen „Inklusion“ und „Demenz“ durchgeführt werden solle. Die Verwaltung werde dem Beschluss entsprechend Vorbereitungen treffen und darüber rechtzeitig berichten.

In der anschließenden Diskussion regt Frau Ott zum Livestream der Ratssitzung an, der Herr Oberbürgermeister möge auch dann in Nahaufnahme gezeigt werden, wenn er im Rahmen seiner Funktion als Sitzungsleiter spreche. Dies könne für spätertaubte Menschen, die nicht der Gebärdensprache mächtig seien, eine Erleichterung darstellen. Sie rege an, das zu prüfen.

Hinsichtlich der Vorbereitung des Fachtages bitte sie darum, die Mitglieder des Beirats als Fachleute in eigener Sache rechtzeitig in die Planung und Vorbereitung einzubeziehen.

Frau Humpert-Kalb bemängelt, dass die am Bertha-von-Suttner-Platz abgestellten Fahrräder in das taktile Leitsystem hereinragten und ein erhebliches Hindernis darstellten.

Herr Dölling antwortet, Behindertenkoordination und Amt für Verkehrsmanagement hätten bei einer Ortsbegehung die Mängel festgestellt. Die nötigen Nachbesserungen würden veranlasst.

TOP 11

Verschiedenes

Herr Fischer informiert, dass eine Arbeitsgruppe der Behindertenvertreterinnen und Behindertenvertreter des Beirats sich mit der Überarbeitung der Geschäftsordnung befasse. Dies sei auch in der letzten Vorstandssitzung angesprochen worden.

Herr Borzim weist darauf hin, dass in der Werkstatt für angepasste Arbeit (WfaA) mehrfach Führungen im Kräutergarten angeboten würden und lädt die Mitglieder des Beirats dorthin ein.

Der Vorsitzende schlägt vor, der Beirat könne die Idee aufgreifen, sich zu einem informellen Treffen im Südpark zusammenzufinden. In diesem Zusammenhang könne beispielsweise auch das Thema Namensgebung des Beirats, das in der Sitzung mehrfach strittig diskutiert wurde, erörtert werden. Er bittet die Geschäftsstelle, entsprechende Vorbereitungen zu treffen.

Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger

Frau Angelika Witte meldet sich zu Wort und erklärt, sie sei ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagiert. Sie wolle auf die Anfrage von Frau Kroker-Christmann in der Sitzung des Beirats vom vergangenen November zur Versorgungssituation der Flüchtlinge in Düsseldorf Bezug nehmen.

Als Antwort auf die Anfrage habe es im Zusammenhang mit der Hilfsmittelversorgung die Idee gegeben, in der Flüchtlingseinrichtung der Diakonie auf der Lacombletstraße einen Hilfsmittelpool aus Spenden einzurichten. Dies sei ihres Wissens aber nicht erfolgt. Die „Initiative Flüchtlinge sind willkommen“ erreichten immer wieder Anfragen, zum Beispiel zu Rollstühlen, die nicht befriedigt werden könnten.

Sie möchte gerne wissen, ob eine bessere Vernetzung zwischen Kommune, ehrenamtlich Tätigen und den Wohlfahrtsverbänden geplant sei, um eine ausreichende Hilfsmittelversorgung für Menschen mit Behinderung zu gewährleisten.

Herr Buschhausen antwortet, dass die Flüchtlingsbeauftragte, Frau Koch, auch mit dieser Thematik befasst sei. Allerdings möchte er darauf hinweisen, dass in Deutschland Menschen, die ein Hilfsmittel bräuchten, darauf einen Anspruch hätten. Das gelte selbstverständlich auch für Flüchtlinge. Die Stadt als Sozialhilfeträger übernehme in diesem Zusammenhang die notwendigen Kosten. Allerdings sei es schwierig, wenn beispielsweise ein Flüchtling von der Erstaufnahmestelle komme und einen Rollstuhl benötige, dies aber der Stadt vorher nicht bekannt gegeben werde. Man habe ähnliche Fälle mit der zuständigen Bezirksregierung in Arnsberg besprochen, damit es künftig nicht mehr zu derartigen Situationen komme. Frau Koch, der Runde Tisch Asyl und die Fachabteilung seien damit befasst, auch in solchen Fällen Hilfsmittel bereitzuhalten.

Frau Pohlmann regt zusätzlich an, dass die an die Krankenkassen zurückgegebenen gebrauchten Hilfsmittel für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden könnten.

Ratsherr Lehne weist auf die bestehenden Sammelstellen in den Stadtbezirken beziehungsweise den Kirchengemeinden hin.

Herr Buschhausen sagt zu, die Fragen ergänzend schriftlich zu beantworten und dem Beirat sowie Frau Witte zukommen zu lassen.

Ratsherr Lehne schließt die Sitzung mit dem Hinweis auf die nächste Sitzung am Montag, den 31. August, um 14 Uhr.

Ende der Sitzung: 16.45 Uhr

Ratsherr Lehne

Vorsitzender

Wessels

stellvertretender Vorsitzender

Müller

Schriftführung

Anlagen

1. Bericht aus dem RT Verkehr (TOP 3/8b)
2. Stellungnahme des VRR (TOP 3)
3. Präsentation des VRR (TOP 3)
4. Bericht aus dem RT Bauen (TOP 8a)
5. Barrieren bei digitalen Sitzungsunterlagen im Internet (TOP 9a)
6. Barrierefreiheit im Plenarsaal (TOP 9b)
7. Masterplan barrierefreie Kulturgebäude